

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe 6 Pfg. Kleinanzeigen 25 Pfg. für auswärtige und amtliche Anzeigen 10 Pfg. — Kleinanzeigen 30 Pfg. — Beilagen pro Tag und 20 Mark. Bei langwieriger Beilage oder Kontur ist jeder Rabatt bittig. — Platzverordnungen unverändert.

Brühler Volksblatt, Brühler Tageblatt, Brühler Volkszeitung
Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 108

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.60 Mk. im Voraus zahlbar. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt oder Auslande rechtfertigen keine Erlagenprüche.

Nr. 42.

Donnerstag, 20. Februar 1930.

33. Jahrgang.

Arbeitsreiche Pause

iv. (Eigener Dienst). Die Pause in den Verhandlungen des Reichstages ist um ein paar Tage verlängert worden. Erst am Montag soll das Parlament wieder zusammentreten, aber wohl erst am Mittwoch der kommenden Woche wird die zweite Lesung der Younggeetze ihren Anfang nehmen können. Die Durchsicht aller Einzelheiten der umfangreichen Vorlagen, die das Reichskabinett dem Parlament unterbreitet hat, nimmt in den Sitzungen des Ausschusses und des Haushaltsausschusses ihren Fortgang, leider, wenn auch vielleicht unvermeidlich, hinter verschlossenen Türen. Inzwischen gehen die Arbeiten des Kabinetts, der sozialpolitischen und finanzpolitischen Sachverständigen der Koalitionsparteien über den Etat für 1930, die Kapitalisierung und die Fragen einer größeren Finanzreform weiter. Der nun einmal geschaffene enge politische Zusammenhang zwischen den beiden verschiedenen Verhandlungsthemen trägt nicht gerade dazu bei, die Klärung der Meinungen zu beschleunigen; immerhin kann man nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge wohl hoffen, daß sich bis zur Mitte der kommenden Woche schon ein deutlicheres Bild über die Gestaltung der Finanzpolitik und über die Mehrheitsbildung für Younggeetze und Finanzvorlagen wird gewinnen lassen. Diese Reichstagspause ist keine Pause der Ruhe, sondern der Arbeit und des Kampfes. Und der Kampf wird in den nächsten Tagen mit besonderer Heftigkeit entbrennen, wenn die Verhandlungen der Ausschüsse bis zu der Rahmengesetzesvorlage über die verschiedenen Liquidationsabkommen gediehen sind. Nach wie vor ist das Schicksal des deutsch-polnischen Abkommens, das ja mit den anderen Liquidationsverträgen verbunden worden ist, völlig ungewiss. Es scheinen sich die Widerstände in den letzten Tagen eher verstärkt als vermindert zu haben. Sollte sich wirklich keine Mehrheit für das Abkommen in seiner vorliegenden Form finden? Dann würde wohl in der Tat nichts anderes übrig bleiben als auf einen in der letzten Zeit aufgetauchten Vorschlag zurückzugreifen, nach welchem der Reichstag zunächst einmal die übrigen vier Youngvorlagen verabschiedet, die Liquidationsvorlage aber zurückstellen soll, bis durch neue Verhandlungen mit Polen eine Reihe von Verbesserungen des Übereinkommens vom 31. Oktober 1929 erzielt worden sind. So sehr erfreulich es wäre, wenn solche Verbesserungen sich erreichen ließen, so skeptisch wird man diese Möglichkeit oder doch die Hoffnung, schnell zu einem befriedigenden Resultat zu kommen, beurteilen müssen. Eine starke Verzögerung aber wäre wegen des politischen Zusammenhanges, der ohne Zweifel zwischen allen Youngvorlagen und damit auch zwischen dem Polenabkommen und dem eigentlichen Youngplan besteht, ganz gewiß bedenklich. So wie die Dinge augenblicklich liegen, stellt aber das Polenabkommen den kritischen Punkt in den großen politischen Auseinandersetzungen dieser Tage dar. Man wird abwarten haben, ob der Reichstag sich entscheidet, den Polenvertrag aus der Behandlung der übrigen Youngvorlagen herauszunehmen und damit den besonders aus dem deutschen Osten ausgesprochenen Bedenken Rechnung zu tragen, die wir für ausreichend begründet nicht halten können, — oder ob sich der sehr begreifliche und wohl auch gerechtfertigte Standpunkt der Reichsregierung durchsetzt, wonach alle Youngvorlagen politisch nur als ein einheitliches Ganzes anzusehen und zu behandeln sind.

Noch keine Einigung in der Deckungsfrage

Mit. Berlin, 20. Febr. Die schwierigen und langen Besprechungen des Finanzministers mit den Sachverständigen der Regierungsparteien über das Deckungsproblem sind, wie von offizieller Seite erklärt wird, am Mittwochabend im wesentlichen beendet worden, ohne daß es gelungen wäre, die stark auseinanderklaffenden Auffassungen der beteiligten Parteien zu nähern. Die Auseinandersetzungen haben nur insofern ein positives Ergebnis gehabt, als man sich darüber geeinigt hat, den noch von 1928 übrig gebliebenen Fehlbetrag von 154 Millionen Mark auf den Schuldentilgungsfonds von 450 Mark zu verrechnen, so daß sich das durch neue Einnahmen zu deckende Defizit um diesen Betrag verringern würde. Auf der Suche nach Deckungsmöglichkeiten ist schließlich, nachdem der Plan einer Umsatzsteuererhöhung an dem allgemeinen Widerstand gescheitert, die Biersteuererhöhung wieder in Erwägung gezogen worden. Der von den Gewerkschaften gemachte Vorschlag eines Notopfers zur Deckung des Bedarfs der Arbeitslosenversicherung scheiterte an dem Widerstand des Reichsfinanzministers, der in dem Notopfer nur eine Umschreibung einer Einkommensteuererhöhung sieht. Das Projekt ließe sich nur durch eine einmalige Erhöhung der Ein-

Braun im preussischen Landtag

Mit. Berlin, 19. Febr. Der Preussische Landtag erörterte heute die beiden gegen den Ministerpräsidenten Braun eingebrachten von der Wirtschaftspartei bezw. der Deutschen Fraktion sowie den Deutschnationalen unterzeichneten Mißtrauensanträge. Auf der Ministerbank hatte der Ministerpräsident Braun mit seinen Beamten Platz genommen. Abg. Labendorff (Vp.) begründete seinen Mißtrauensantrag, indem er die Ernennung des sozialdemokratischen Kultusministers Grimme ein Handelsgeheimnis nannte, das unter Zustimmung des Zentrums erfolgt sei. Abg. Dr. v. Winterfeld (Dnt.) wird von der Linken mit großem Lärm empfangen. Er erklärte: Auch wir mißbilligen die Ernennung eines sozialdemokratischen Kultusministers. Nach unserer Auffassung würde die Annahme des Youngplanes ein vernichtender Schlag für Deutschland-Preußen bedeuten. Auch wir wünschen, daß die Deutschen in Polen bei Erhaltung ihres Grundbesitzes geschützt werden, und würden bereit sein, für dieses Ziel Opfer zu bringen. Der Vertrag werde im Auslande als Anerkennung des Korridors gewertet. Wir klagen den Ministerpräsidenten an, daß materiell durch die Abkündigung Preußens im Reichsrat großer, nicht wieder gutzumachender Schaden für unser Vaterland entstehen kann und daß er formell verfassungswidrig gehandelt hat. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Ministerpräsident Dr. Braun nahm dann zu den beiden gegen ihn eingebrachten Mißtrauensvoten eingehend Stellung; er erklärte:

Ich habe mich streng an den Artikel 55 der Verfassung gehalten, wonach der Ministerpräsident die Staatsminister ernannt. Daß ich bei der Ernennung eines Staatsministers den parlamentarischen Machtverhältnissen Rechnung tragen muß, ergibt sich daraus, daß wir eine parlamentarische Regierungsform haben, in dem der Ministerpräsident das Vertrauen des Parlaments bedarf. Als Minister Beder, sich politischen Notwendigkeiten fugend, sein Amt niederlegte, (stürmisches Gelächter rechts), habe ich ihn selbst um Rat gefragt, wen er mir als geeigneten Nachfolger vorschlagen könnte. Herr Minister Beder hat mir als den einzigen, den er als geeignet ansehe, seine Politik fortzuführen, den Herrn Grimme vorgeschlagen. (Anhaltende Unterbrechungen rechts). Ich habe in derselben Stunde die Ernennung des Herrn Grimme vorgenommen. Zu einer Erregung der christlichen Bevölkerung liege auch nicht die geringste Veranlassung vor. (Lebhafte Zurufe rechts). Die Rechte der christlichen und sonstigen Konfessionen seien in der Verfassung, in Verträgen und Verordnungen gewährleistet. Der Minister Grimme habe diese Bestimmungen

kommensteuer durch einen Zuschlag auf das Einkommen der Festbesoldeten oder Beamten verwirklicht werden, was eine Kürzung der Beamtengehälter bedeuten würde. Die Frage des Zuschlusses für die Arbeitslosenversicherung ist also noch offen geblieben. Was die Biersteuererhöhung angeht, so kann gesagt werden, daß auch hier namentlich von bayerischer Seite sich Widerstand geltend machen werde. Am Donnerstag tritt das Kabinett zusammen, um die Lage zu besprechen, und die einzelnen Vorlagen und die noch unerledigten Teile des Etats endgültig zu verabschieden.

Das Reichsbankgesetz angenommen

Mit. Berlin, 19. Febr. Die vereinigten Reichstagsausschüsse nahmen am Mittwoch das Reichsbankgesetz unter Zurückstellung der Entscheidung über die Lombardsfähigkeit der kommunalen Schuldverschreibungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Christlichnationalen und Kommunisten an.

Nach dem Sturz des Kabinetts Lardieu

Mit. Paris, 19. Febr. In den Wandelgängen des Senats wurde der Sturz des Kabinetts Lardieu ziemlich lässig aufgenommen und bildet den Gegenstand eingehender Kommentare. Zahlreiche Gruppen tauschten ihre Eindrücke im Konferenzsaal aus. Man ist einigermaßen darüber einig, daß über eine doch minder wichtige Frage das Kabinett zu Fall kam. Dem Finanzminister Chéron wirft man vor, daß er das Schatzministerium zu sehr in die Öffentlichkeit gezogen habe. Minister Chéron, der auch in den Wandelgängen erschien, erklärte, daß er seine Haltung nicht bedauere. Im übrigen zeigt man sich im Senat sehr zurückhaltend hinsichtlich der Zusammenstellung des kommenden Ministeriums; aber man glaubt im allgemeinen, daß Lardieu wiederum dazu berufen ist, das nächste

durchzuführen. Wenn Sie, so erklärte der Ministerpräsident nach rechts gewendet, vielleicht heute noch der Auffassung sind, wie vor dem Kriege üblich war, daß Sozialisten für die Mitarbeit im Staate ungeeignet wären (Sehr wahr, rechts), so haben Sie die Zeit verschlafen. Der vom Kultusminister Grimme gebrauchte Ausdruck von dem Exponenten einer Mindergruppe sei richtig verstanden, durchaus am Platze. Es sei in parlamentarischen Ländern üblich, daß die Parteien, die die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte tragen, auch ihre Exponenten in die Regierung entsenden. Sobald aber der Mann Minister sei, habe er als Staatsminister im Sinne der Verfassung sein Amt zu führen. Davon, daß es unter dem neuen Kultusminister zu einem Stillstand der Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen komme, könne keine Rede sein. Zu dem von den Deutschnationalen eingebrachten Mißtrauensantrag wolle er sich im jetzigen Stadium der außenpolitischen Verhandlungen nicht äußern. Preußen sei bei den Verhandlungen über das Liquidationsabkommen mit Polen nicht beteiligt gewesen. (Rufe bei den Deutschnationalen: Schlimm genug!). Die jetzigen deutschen Ostgrenzen halte er auch für unnatürlich, unwirtschaftlich und ungerecht; aber man müsse doch mit den gegebenen politischen Machtverhältnissen rechnen, (Rufe bei den Deutschnationalen: „Das muß sich ändern!“) Die ewige Zweiteilung gereiche auf die Dauer nur beiden Ländern zum Schaden. Die preussische Staatsregierung habe erhebliche Bedenken gegen den Inhalt des polnischen Liquidationsabkommens gehabt und sei geneigt gewesen, sich gegenüber diesem Abkommen völlig ablehnend zu verhalten. Die Reichsregierung habe eine Regelung für die Abgeltung des Preußen entgangenen Staatsvermögens in Aussicht gestellt. Nach diesen Zusicherungen glaubten wir dem Vertrage zustimmen zu sollen, auch entgegen dem Landtagsbeschluss, da der Landtag bei Annahme dieses Beschlusses diese Tatsachen nicht kannte. Das gesamte preussische Kabinett sei bereit, mit seiner Verantwortung für seine Haltung einzustehen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Geh (Zentr.) wies den Versuch des deutschnationalen Redners zurück, dem Zentrum die politische Verantwortung für die Ernennung des sozialdemokratischen Kultusministers zuzuschreiben. Es sei nur darauf hinzuweisen, daß auch deutschnational beeinflusste Reichsregierungen das Reichsschulgesetz nicht zustande gebracht hätten. Dem sozialdemokratischen Kultusminister stehe das Zentrum mit derselben Wachsamkeit gegenüber wie jedem Minister einer anderen Partei.

Kabinett zu bilden. In den Linksgruppen möchte man gerne den Einzug radikaler Elemente in das Parlament sehen, um dadurch, nach ihrer Ansicht, eine gesicherte Mehrheit zu erzielen.

Französische Kabinettskriege und Londoner Konferenz

Mit. London, 19. Febr. In Kreisen der Londoner Flottenabrüstungskonferenz hat die Nachricht vom Rücktritt des Kabinetts Lardieu große Überraschung hervorgerufen. Man sieht nunmehr weitere Verzögerungen in den Abrüstungsverhandlungen voraus. Innerhalb der amerikanischen Delegation glaubt man, daß der Mittelpunkt des Verhandlungsinteresses während der französischen Regierungskriege von den französischen Marineforderungen auf die Prüfung der japanischen Stellung verlagert werde. Die englische Presse spricht im Zusammenhang mit den französischen Flottenforderungen von einer starken Behinderung der Konferenzarbeiten. Star bezeichnet die Lage als ernst. Großbritannien müsse Frankreich erklären: wenn Ihr auf Eurer Haltung besteht, so müssen wir unsere Kreuzerforderungen erneut anbringen. Allgemein glaubt man, daß Frankreich zu einem Nachgeben in seinen Ansprüchen nicht zu veranlassen sein wird.

Auch eine Auswirkung der Besatzung

Mannheim, 19. Febr. Wie bekannt wird, wurden im Jahre 1929 insgesamt 489 Anwärter zur französischen Fremdenlegation in der Pfalz aufgegriffen. In 223 von diesen Fällen mußte immer noch Unterstützung der Regimentskommandanten durch die französischen Besatzungsbehörden festgestellt werden. (1)

Der künftige Fall der Besetzung wird in Madrid mit Unruhe vermerkt. Auf den ausländischen Handel übt diese Tatsache eine vernichtende Wirkung aus.

Das Neueste in Kürze

Der englische Zeitungsbefehl Lord Beaumont kündigt die Bildung einer neuen politischen Partei unter dem Namen „Partei des vereinigten Königreiches“ an. Ihr Zweck soll der freie Meinungsaustausch im britischen Reich sein.

Graf Bethlen ist in Paris eingetroffen, und wurde auf dem Bahnhof von der ungarischen Delegation und Vertretern des Außenministeriums empfangen. Die Reise des ungarischen Staatsmannes hängt mit der Unterzeichnung des Reparationsabkommens zusammen.

Der spanische Ministerpräsident Berenguer hat den Zivilgouverneuren Befehle erteilt, in denen er erklärt, die Regierung beabsichtige, die Verfassung und die Pressefreiheit wiederherzustellen. Die Parole bei den nächsten Wahlen werde sein: Verteidigung der Verfassung und der Monarchie.

Der Exkönig von Afghanistan, Amanullah, wird sich in nächster Zeit nach der Türkei begeben. Weitere Meldungen besagen, daß Amanullah bereits in Venedig angekommen sei, begleitet von seinem Bruder. Dort wartet er auf die Abfahrt des Dampfers, der ihn nach Konstantinopel bringen wird.

Wieder ein Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei

Dortmund, 19. Febr. Der frühere Reichs- u. Landtagsabgeordnete Kippels (Hagen), der seit Gründung der Deutschnationalen Volkspartei den Landesverband Westfalen als Vorsitzender geleitet hat, hat den Vorsitz niedergelegt und ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschieden.

Etwa zwei Duzend weitere Kirchen in Ausland geschlossen

Mit. Moskau, 20. Febr. Während russischerseits energisch jede Religionsverfolgung abgelehnt wird, geben amtliche russische Kreise zu, daß die letzte Woche „sehr günstig für die Antikristenfront“ gewesen war. Die Sowjetpresse bellagt, daß die Ausführungen des Metropoliten Sergius im Ausland nicht den gewünschten Eindruck gemacht habe. Das Sowjetblatt Iswestija, das die Erklärung des Metropoliten veröffentlichte, erlebte dabei das Unglück, daß in derselben Nummer berichtet wurde, daß die Distrikts-Gesellschaft von Serpukoff, einem größeren Orte bei Moskau die Schließung von vierzehn Kirchen beschlossen habe. Ein Junfpruch aus Lulea meldet, daß dort vier Kirchen, in Bogorowsky, die Kathedrale sowie sämtliche Kirchen und Synagogen geschlossen worden seien. Wie bekannt wird, sind die Christen in Rußland tief bewegt über die Sympathieveräußerungen und die Gebete, die im Auslande allenthalben veranstaltet werden. Unterdessen geht der Terror weiter. In einer Rundfunkansprache wird die Bevölkerung offen gegen die Weislichkeit aufgehetzt. Auf einer Arbeitskonferenz wurde ein Antikristen-Feldzug für den 15. März angekündigt.

Rückkehr Byrd's

Newport, 19. Febr. Wie eine von der Expeditionsbasis des Admirals Byrd hierher gelangte Meldung besagt, ist die „City of Newport“ in Little-America eingetroffen. Die Fahrt durch die Kook-See hat eineinhalb Monate gedauert, da das Schiff gegen Sturm und Packeis schwer anzukämpfen hatte. Das Lager an der Expeditionsbasis in Little-America ist bereits geräumt. Die dort verbliebenen Leute erwarteten in Zelten die Rückkehr des Expeditionsschiffes, das sofort wieder in See gehen wird. Die Expedition führt über 70 000 Filme mit.

Ein spanischer Dampfer überfällig

Marseille, 19. Febr. Hier ist ein Junfpruch eingelaufen, der an die Schiffe die Bitte richtet, Nachrichten über den spanischen Dampfer „Ibero“ zu geben. Das Schiff hatte am 21. Januar Cardiff verlassen mit der Bestimmung Barcelona, wo es bisher noch nicht eingetroffen ist. Man begt große Besorgnisse um den Dampfer, da man befürchtet muß, daß er während der letzten Sturm untergegangen sein könnte.

Sine neue Höchstleistung der Bremen

Newport, 19. Febr. Eine neue Höchstleistung stellte der Lloyd-Dampfer Bremen für die Fahrt auf der kürzern Winterstrecke über den Nordatlantischen Ozean auf. Das Schiff gebrauchte für die Strecke Cherbourg-Newport vier Tage und 23 Stunden. Die Dampfer fahren auf dem Nordatlantischen Ozean während der Sommermonate die südliche, längere Strecke, um nicht in das Gebiet der treibenden Eisberge zu geraten.

Der deutsche Weinbau

Die Förderung durch das Preussische Landwirtschaftsministerium.

In der Sitzung des Landtages am 18. Februar führte Landwirtschaftsminister Dr. Steiger aus:

Der deutsche Weinbau befindet sich seit geraumer Zeit wieder in einer starken Absatzkrise, die an die schlimmsten Zeiten des Jahres 1926 erinnert. Wenn sie auch in erster Linie auf der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage beruht, so kann diese allein jedoch an dem ungenügenden Absatz unserer heimischen Weine nicht die Schuld haben, denn die Tatsache zeigt, daß große Mengen ausländischer Weine nach Deutschland eingeführt werden, die hier ihre Käufer finden. Zwar ist es nicht richtig, daß heute mehr Auslandswein eingeführt wird als vor dem Kriege, denn die Einfuhr an sogenannten stillen Weinen hat betragen: im Jahre 1913: 1.237.167 dz.; im Jahre 1928: 1.026.203 dz.; im Jahre 1929 dagegen nur 821.381 dz.

Trotzdem drückt die Einfuhr ausländischer Weine schwer auf den deutschen Wein, denn es muß berücksichtigt werden, daß der jährliche Weinverbrauch in Deutschland sich von etwa 5 1/2 l je Kopf in der Vorkriegszeit auf etwa 3 l in der Jetztzeit — also in stärkerem Maße als die Weineinfuhr — gesenkt hat. Die Auslandsimporteure durch eine sofortige Erhöhung der Weinzölle einzudämmen, ist nicht möglich, da die gegenwärtigen Zölle für Weiß-, Rot- und Dessertweine vertraglich gebunden sind. Dagegen könnte dem deutschen Weinbau auf Zollpolitischem Gebiete eine gewisse Erleichterung dadurch geschaffen werden, daß die nicht gebundenen Zölle für Wein zur Herstellung von Weinbrand und für Wein zur Herstellung von Schaumwein und von Vermouthwein erhöht würden.

Daneben wird d. Befestigung der Absatzkräfte auf anderen Wegen gesucht werden müssen. Es war daran gedacht, den Weinhandel durch Bereitstellung zinsverbilligter Kredite für den verstärkten Ankauf von Wein leistungsfähiger zu machen. Eine in der Richtung von dem Land Bayern für den pfälzischen Weinhandel eingeleitete Kreditaktion hat aber infolge ihrer geringen Finanzkraft keine Aussicht, daß dieses Beispiel nicht nachahmungswert ist. Günstiger sind die Bemühungen um die Gründung von Winzergenossenschaften gewesen. Im letzten Jahre sind in Preußen nicht weniger als 45 neue Genossenschaften gebildet worden, denen rd. 300.000 RM als erste Einrichtungsbeihilfen geschenkt worden sind. Es ist beabsichtigt, mit dieser Maßnahme auch in diesem Jahr fortzufahren. Die Winzergenossenschaften sind auch als Schrittmacher auf dem Wege zu der neuerdings stark befürworteten Typisierung unserer Weine anzusehen.

Um den Weinabsatz im Wege der Propaganda zu fördern, soll der Reichsausschuß für Weinpropaganda seine Tätigkeit in verstärktem Maße wieder aufnehmen und besonders in den Verbrauchergebieten von Nord-, Mittel- und Ostdeutschland für den deutschen Wein werben.

Daß die Bestrebungen um den Absatz deutscher Weine nicht durch steuerliche Sonderbelastungen, etwa in der Form von Gemeindegetränksteuern durchkreuzt werden dürfen, sollte sich von selbst verstehen. Die preussische Staatsregierung hat schon bei früherer Gelegenheit ihrer Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß eine Gemeindegetränksteuer auf Wein abzulehnen ist. Die augenblicklich dringendste Forderung des Weinbaues ist die sofortige Schaffung eines neuen Weingegesetzes, auf dessen schleunige Einbringung und Verabschiedung das Preussische Landwirtschaftsministerium wiederholt hingewiesen hat. Das Landwirtschaftsministerium macht sich die hauptsächlichsten Forderungen, die der Weinbau an das neue Gesetz stellt, insbesondere das Verlangen nach einem uneingeschränkten Verbot des Vertriebs deutscher Weißweine mit ausländischen Weißweinen, zu eigen.

Unter den zur Hebung des Weinbaues im letzten Jahre getroffenen Maßnahmen ist besonders hervorzuheben, daß der Weinbau auf stark reduzierten Gebieten, in den sich zu diesem Zwecke besondere Rebenaufbaugenossenschaften, z. B. an der unteren Rabe, gebildet haben, planmäßig fortgesetzt worden ist. Auf dem Gebiete der Rebenerziehung ist in Wallendar im Anschluß an einen schon vorhandenen 32 Morgen großen Schnittweingarten für amerikanisches Unterlagsholz eine Rebenerziehungsanstalt neu geschaffen worden. Auch Unterlagsholz aus dem Ausland wird in diesem Jahre in Höhe von etwa 3 Millionen Stück wieder eingeführt. Allerdings kann: den ständig zunehmenden Wünschen der Winzer nach Pflanzmaterial zur Zeit noch nicht voll genügt werden. Sobald aber in zwei Jahren die großen staatlichen Schnittweingärten in Ems-Jachbach und Wallendar in vollem Ertrage stehen werden, wird bei Beibehaltung der jetzigen Auslandsimport von Unterlagsholz eine entscheidende Besserung eintreten.

Für die Rationalisierung des Weinbaues durch Anlegung fahrbarer Wirtschaftswege sind im letzten Jahre unter Beteiligung der Rheinischen Provinzialverwaltung 550.000 RM als geschenkte Beihilfen bereitgestellt worden.

Zur Behebung größerer Frostschäden, die der strenge Winter 1928-29 in manchen Weinbauregionen angerichtet hat, soll der Weinbau



Eugen Berg beim Reichspräsidenten

Geheimrat Eugen Berg, der Führer der Deutschnationalen, begibt sich ins Reichspräsidentenpalais, um dem Reichspräsidenten über die Stellung der Deutschnationalen gegenüber dem Youngplan-Gesetz zu unterrichten.

Das Roggenproblem

Aus der Rede des Preussischen Landwirtschaftsministers Dr. Steiger. — Wichtige Ernährungsrage. — Notstand der Landwirtschaft und deutsche Volkswirtschaft.

Bei der Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung machte Landwirtschaftsminister Dr. Steiger wichtige Ausführungen zu der Roggenfrage. Wir lassen sie nachstehend im Wesentlichen folgen:

Die schwierigste Lage der Landwirtschaft kommt am stärksten in den gegenwärtigen, gänzlich unzureichenden Roggenpreisen zum Ausdruck. Diese haben in der letzten Zeit sogar ihrem Geldbetrage nach unter den Vorkriegspreisen gelegen. Die Ursache für den Zusammenbruch des Roggenmarktes ist in dem Rückgang des menschlichen Roggenverzehrs in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit und in den beiden guten Ernten, die aufeinander gefolgt sind, zu sehen. Um die Jahreswende ist nun versucht worden, dem Roggenproblem durch eine Erhöhung des Zolls von 6 RM auf 9 RM je Doppelzentner beizukommen. Diese Maßnahme hat einen Erfolg nicht gebracht. Bei guten Inlandspreisen kann sich der Roggenzoll in unseren Inlandspreisen nicht auswirken. Durch diese Festsetzung soll nicht etwa die Notwendigkeit des Roggenzolls angezweifelt werden; er behält trotzdem seine große Bedeutung und zwar besonders bei geringer Inlandsenernte. Mit der Zollherabsetzung ist eine Erhöhung des Wertes des Einfuhrscheines nicht verbunden worden. Da dessen Erhöhung zu einer Erleichterung der Ausfuhr geführt haben würde, so hätte ich grundsätzlich eine höhere Wertbemessung begrüßt. Man darf sich aber dem nicht verschließen, daß einer Erhöhung des Wertes des Einfuhrscheines auch wesentliche Bedenken entgegenstehen.

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß die Aufnahmefähigkeit des Auslandes für Roggen häufig stark überschätzt wird. Der gesamte jährliche Nahrungsbedarf des Auslandes ist auf etwa 800.000 bis 1.000.000 Tonnen zu schätzen, während sich die deutsche Ernte des laufenden Wirtschaftsjahres auf über 8.000.000 Tonnen beläuft. Dazu wird der Auslandsmarkt nicht nur von Deutschland allein in Anspruch genommen, sondern in ihm teilen sich noch Polen und Rußland. So sind die Ausfuhrmöglichkeiten verhältnismäßig gering.

Der Nachteil, der in der Nichterhöhung des Einfuhrscheines liegt, soll durch eine Verständigung mit Polen, das unser Hauptkonkurrent auf dem Auslandsmarkt ist, über den beiderseitigen Roggenexport ausgeglichen werden. Eine solche Verständigung muß als erwünscht bezeichnet werden. Da hiernach von der Ausfuhr großer Erfolge zu erwarten sind, hat sich die Reichsregierung zur Magaziniierung von Roggen in größerem Umfang entschlossen. Der wichtige Punkt dieser Aktion liegt indessen darin, daß auf diese Weise der Roggen nicht zum Verschwinden gebracht wird, und es sich jedenfalls zunächst nur um eine vorübergehende Entlastung des Marktes handeln kann.

Abgesehen von der geringen Aufnahmefähigkeit des Auslandsmarktes spricht gegen die Erhöhung des Wertes des Einfuhrscheines noch der Umstand, daß wir durch die Ausfuhr von Roggen, der um den Einfuhrschein verbilligt ist, die Konkurrenz des Auslandes gegen uns selbst in tierischen Erzeugnissen steigern.

Leider haben die bisher ergriffenen Maßnahmen ein weiteres Absinken der Roggenpreise nicht verhindern können. Dies erklärt sich daraus, daß die bisherigen Maßnahmen das Roggenproblem im wesentlichen nur von der Seite der Ein- und Ausfuhr angegriffen haben. Dieser Fehler ist beim Weizen nicht gemacht worden. Die verhältnismäßig bessere Entwicklung ist vor allem auf den Zwang zur Vermahlung von Inlandsweizen bei Vermahlung von Auslandsweizen und auf die dadurch geförderte Inlandsnachfrage zurückzuführen. In Erkenntnis dieser Zusammenhänge habe ich auch beim Roggen

echter Neben als Ersatz für die erforderten durch gewisse Barzuschüsse erleichtert werden. Wenn anfangs für diesen Zweck auch nur sehr knappe Mittel verfügbar sind, so ist doch zu hoffen, daß diese Aktion in den nächsten Jahren mit reichlicheren Geldern betrieben werden kann.

gen dem inneren Absatzproblem meine größte Aufmerksamkeit gewidmet. So habe ich mich für die Verbesserung des Notierungswesens bei Weizen und Roggen an den preussischen Produktenbörsen eingesetzt, damit der Landwirt nach der Qualität seiner Ware bezahlt wird. Die Einführung der Notierung von Roggen und Weizen nach dem Hektolitergewicht an den preussischen Produktenbörsen ist demnach zu erwarten.

Um ferner das Roggenangebot gleichmäßig über das ganze Wirtschaftsjahr zu verteilen, und um vor allem ein Ueberangebot in den ersten Monaten nach der Ernte zu vermeiden, habe ich den Ausbau des Lagerseinswesens besonders zur erleichterten Lombarbierung von Roggen befürwortet. Im Interesse der rationellen Verwertung des Roggens habe ich ferner die Verfrachtung von inländischem Roggen anstelle von ausländischer Getreide propagiert.

Die stark gesunkenen Preise für Futtermittel machen aber im Augenblick leider den Ersatz von ausländischer Getreide durch inländischen Futterroggen wohl auch bei einer Verbilligung des Futterroggens mit Reichsmitteln unmöglich. Bei dieser Sachlage sehe ich als einziges Mittel zur Behebung der Roggenknappheit, daß wir wieder darauf Bedacht nehmen, den Roggen verstärkt seinem eigentlichen Zwecke als menschliches Nahrungsmittel zuzuführen. Eine auf die Hebung des menschlichen Roggenkonsums gerichtete, geeignete Propaganda findet deshalb meine Unterstützung.

Ich begrüße ferner den Entwurf eines Brotgesetzes, durch das in erster Linie der Deklarationszwang besonders für das Roggenbrot angeordnet werden soll. Ich fürchte aber, daß die beste Propaganda und das Brotgesetz in seiner jetzt vorliegenden Fassung allein nicht ausreichen werden, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Es sind einschneidendere Maßnahmen notwendig. Ich bin deshalb für eine Veranlassung von zehn Prozent Roggenmehl zum Weizenmehl eingetreten, nachdem Versuche in dem Preussischen Institut für Bäckerei und Mäslerei ergeben hatten, daß durch einen entsprechenden Zusatz weder die Backfähigkeit des Mehls noch der Geschmack und das Aussehen des aus diesem Mehl hergestellten Gebäcks irgendwie nennenswert beeinträchtigt werden.

Außerdem erscheint es geboten, das Ausmaßungsverhältnis bei Roggen herabzusetzen, um zugleich eine bessere Roggenzucht zur Förderung zu erhalten.

Hierbei ist mir klar, daß gegen die Durchführung solcher Maßnahmen von den verschiedensten Seiten Einwendungen erhoben werden. Alle Bevölkerungsklassen müssen sich aber darüber klar sein, daß es sich bei dem Notstand der Landwirtschaft um eine Angelegenheit handelt, die die gesamte Volkswirtschaft berührt. Eine leistungsfähige Landwirtschaft wird der Industrie weitgehende Beschäftigungsmöglichkeiten geben und zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen. M. E. müssen deshalb gewisse Unzulänglichkeiten, die sich aus den erforderlichen Maßnahmen ergeben könnten, von den beteiligten Berufsständen in Kauf genommen werden. Aber auch die Landwirtschaft wird zur Lösung des Roggenproblems das ihrige tun müssen. Sie muß den Roggenanbau tunlichst einschränken, und es erscheint nicht angängig, besonders im Westen, für Weizen geeignete Böden mit Roggen zu bepflanzen.

Kirchliches

Selig- und Heiligsprechungsprozeß des Seelenbauers Kolping

Kardinal Schulte von Köln erließ am 13. Februar 1929 eine Aufforderung, in der gesagt wird, daß wegen der, infolge seines Lebens und der Geisteserleuchtungen, bevorstehenden Einleitung zum Seligsprechungsprozeß des Seelenbauers Kolping, alle, die ihn noch gekannt haben, nach den Bestimmungen des kirchlichen Rechtsbuches streng verpflichtet seien, ihre genaue Ansicht unverzüglich Herrn Pater Fulgentius Maria Krebs D. M. Cap. in Aachen, Baalser Landstraße 99, Kapuzinerkloster, mitzuteilen. Ebenso sind alle Christgläubigen verpflichtet, alle Briefe, Berichte und sonstigen Schriftstücke, auch Druckwerke, die von Alois Kolping verfaßt, oder geschrieben oder in seinem Namen verfaßt

worden sind mit Adressenangabe an obgenannten Propagandator einzusenden. Auf Wunsch erfolgt Rücksendung. Unter Bezugnahme auf die Bestimmung des Generalvikars vom 12. 8. 29 verordnete der Kardinal am 18. Februar 1930 die Bekanntgabe überall dort, wo sie noch nicht geschehen ist.

Das Erzdiözesanale Generalvikariat Köln macht bekannt, daß das neue Gebet- und Gesangbuch etwa Mitte März erscheinen wird. Es wird eine Schulausgabe mit Noten auf mittelstarkem Papier, sowie eine feine Ausgabe, ohne Noten auf feinstem Dünndruckpapier hergestellt. Preise werden noch bekannt gegeben.

Heiligsprechung in Cornelimünster.

Aachen, 18. Febr. Wie in Aachen, so ist auch in Cornelimünster vom 11.—25. Juli die Heiligsprechung. In Aachen werden die Heiligtümer morgens, in Cornelimünster nachmittags gezeigt, so daß den auswärtigen Pilgern Gelegenheit gegeben ist, die Heiligtümer an einem Tage in Aachen und in Cornelimünster zu verehren.

Zum Todestage Dr. Karl Sonnensteins

Am heutigen Tage jährt sich zum erstenmale der Todestag dieses Großstadtapostels. Den vielen Freunden und Bekannten Dr. Sonnensteins aus M.-Glabach sei hierdurch Mitteilung gemacht, daß aus diesem Anlaß am Sonntag, dem 23. Februar, vormittags 9.30 Uhr in der Alexianerkirche ein Hochamt als Jahrgedächtnis gehalten wird. In der Alexianerkirche hat der Verstorbene bekanntlich während seiner Tätigkeit in M.-Glabach das hl. Messopfer gehalten. Seine Predigten bei dieser Gelegenheit sind wohl noch in aller Erinnerung. Auch der Rundfunk gedenkt dieses großen Verstorbenen. Am gestrigen Mittwoch sprach im Westdeutschen Rundfunk Clara Hoffmann ein Gebetwort zum Todestage Dr. Karl Sonnensteins. Im Berliner Rundfunk spricht heute Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 4.05 Uhr der heftische Gefandte in Berlin, August Ruff, ein Freund des Verstorbenen, zum Gedächtnis Karl Sonnensteins. Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die bereits erschienene Literatur über den Verstorbenen hingewiesen, die nachstehend angegeben wird: Dr. Hans Grundel: Dr. Karl Sonnenstein, ein Gebetswort, (Europa-Verlag, Berlin SW 48), Agathe Mallachow: Fröhlicher Gottesdienst, Ansprache von Dr. Karl Sonnenstein, (Buchverlag, Germania, Berlin SW 48), Dr. Dierkes: Dr. Karl Sonnenstein, Zum Dank und Gedenken, gesammelte Erinnerungsblätter, (Verlag Junfermannsche Buchhandlung, Paderborn). Die offizielle Biographie, die vom Chefredakteur der Römischen Volkszeitung, Herrn Dr. Hoeber, bearbeitet wird, liegt im Manuskript fertig. Sie erscheint, etwa 200 Druckseiten stark, im Laufe des Sommers.

Deutscher Seidenbau

Von Architekt Martini, Probstseidenhagen

Die Grundlage von Staat und Gesellschaft bildet die Wirtschaft. Deshalb muß es immer die vornehmste Aufgabe eines Volkes sein, seine Gesamtproduktion möglichst zu erhöhen. Deutschland sollte in erster Linie seine natürlichen Hilfsquellen restlos ausnützen und unter anderem auch der Entwicklung des deutschen Seidenbaues erhöhte Aufmerksamkeit schenken, um weiten Volkstreffen in Stadt und Land lohnende und sichere Erwerbsquellen zu schaffen, denn nur durch Arbeit und Verdienstmöglichkeiten kann der Wohlstand und die Hebung der Lebenshaltung des deutschen Volkes wieder erreicht werden. So gewiß wie im Auslande der Seidenbau sehr wesentlich zum Wohlstande der Völker beiträgt, so steht dies auch in Deutschland der Fall sein, denn in tausenden heimischen Züchtlungen gedeiht der Seidenbau seit Jahren schon ganz prächtig. Überall in der Welt wird der Seidenbau mit allen Kräften gefördert, die Aufzuchten werden staatlich betrieben. Italien hat einen besonderen Staatspräsidenten für den Seidenbau, in Ungarn sorgen die staatlichen Seidenbauinspektorate für Verwaltung und Aufsicht, die schon an die Kinder in der Schule kleine Seidenraupen kostenlos verteilen, um bereits bei der Jugend Verständnis, Lust und Liebe für diese Verdienstmöglichkeit zu wecken, die sicher von viel größerer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, wie man wohl im allgemeinen annimmt. Vereinnahmt doch Italien z. B., das in der Hauptstadt Seidenbau treibt und infolge des Stiefkulturs nur eine einzige Zucht im ganzen Jahre durchführen kann, etwa eine Milliarde Goldmark für die Ausfuhr von Seide. Da man aber in Deutschland infolge des gemäßigten Klimas, je nach Baubestand, beliebig viele Zuchten von Mai bis September machen kann, sollte man doch endlich vom Auslande lernen und sich den Seidenbau gründlicher zunutze machen, zum mindesten sollte man aber erwarten, daß alle Ausführungen von Laien unterbleiben, die keinerlei praktische Erfahrungen besitzen. Der deutsche Seidenbau ist ein rein handwerksmäßiger Beruf, auch als Nebenerwerb lohnend, der seinen Mann ernährt und natürlicherweise gewinnbringender, leichter und sicherer sein muß wie zum Beispiel Geflügelzucht und jede andere Kleintierzucht, weil man niemals von der Witterung abhängig ist, die Maubere nur einmal zu pflanzen braucht und dann etwa hundert Tage lang unjüngst ernten kann, ohne eine Mißernte zu erleiden, denn Laub

wächst immer. dem Seidenbau kanntlich der ren Schaden z.

Die Entwid überall ganz Mauberebfläche der ungarische deshalb die Haltung einer beerstränder hält, und der Gemeinden zur ren gefeicht gezogen und hat dort der Seidenbau Id große Be dien nau so könnte ganz kurzer B dem einzigen benachbarten würde. Da die nicht der Fall

Bald sind sie wissen Tage d r k f u n g s a licher Sicherheit liche Prüfung liche steht noch stoßen auf verd dieren blaß un werden einen schon regt sich geiffe, Formeln auf. Stundenta weißen Schreibi fastet. „Schida

Dann kommt stilles Stöhnen des Menschent stennal erst in den Mut auf gang, um dem ruhigen Nervens

Er bricht an früher feierlich die Straße wie Gang zu tun in den Gängen im Gespräch m

Nach einigen auslichen Frage genblid, vor de heimlich gezeite

„Bestand d gen. „Bestand d Gänge des Seid heimwärts mit auch wissen, da

(1) Der Brä trotzdem er erst den schwierigsten standen ist, ein rung erfreut, n in Abwicklung Sommerhalbjahr munismus. Ein des, das in je lichen Agitation sammlungsbedre wirtungsvolle kussion ab. Das erwogen, und Entgegenungen oft zitierten A die dem „pro f in manchem da sprache spitzte den Themen „bismus“ und „göße Toleranz“ den einmütig a kapitalbildung leit und eine d der Gesellschaft wirtschaft und Rahmen der b loge eines pro trotzdem darfe heute Ansaum ohne vorerst an anschauung, die für jede Stellu auf ihre Bered gemeinen zu we nende Beschäfti gen. Zur Frage zur Verfolgung Kommunismus Folge der mate die ihrerseits w lophie fuhe. Da jagt, alles ent den gegebenen gen Eingreifen antisowjetische Rußland zur B gelisteten überh liege auf der

wächst immer. Selbst der letzte Winter hat dem Seidenbau nichts geschadet, der bekanntlich der Geflügelzucht usw. ungeheuren Schaden zugefügt hat.

Die Entwicklung des Seidenbaues kommt überall ganz von selbst, wenn genügend Maulbeerblätter vorhanden sind, das hat der ungarische Staat längst erkannt, der deshalb die Anpflanzung, Pflege und Erhaltung einer unermesslichen Menge Maulbeersträucher für eine patriotische Pflicht hält, und der seit Jahrzehnten schon die Gemeinden zur Anpflanzung von Maulbeeren gesetzlich verpflichtet, die vom Staate gezogen und kostenlos geliefert werden. So hat dort der Staat dem Volke durch den Seidenbau leichte, einträgliche Arbeit und große Verdienstmöglichkeiten geschaffen. Genau so könnte es auch in Deutschland in ganz kurzer Zeit sein, wenn man nur aus dem einzigen praktischen Beispiele dieses benachbarten Staates seine Lehre ziehen würde. Da dies in Deutschland aber noch nicht der Fall ist, so muß jeder, der Seidenbau treiben will, da die ganze Sache eine reine Futterfrage ist, sich Maulbeeren durch Pflanzen oder für wenig Geld aus Samen selbst schaffen.

Die Maulbeere ist ein Wildling, wird in Hecken gepflanzt, wächst auf jedem Boden sehr schnell, so daß zuerst nur ein wenig Geduld erforderlich ist, um sich und den Kindern zeitweilig eine sichere Existenz zu schaffen. Eine Ueberproduktion kommt nicht in Frage, denn die fleißigen Seidenraupen werden niemals soviel Seide liefern können, wie in der Welt gebraucht wird, und deshalb ist auch der Absatz der Kolons gesichert. Ueber die Frucht selbst eingehend zu berichten, würde an dieser Stelle zu weit führen, hierzu stehe ich allen Interessenten stets gern und uneigennützig zu Diensten, auch stehen meine Buchten in Probeheften zur Verfügung, damit sich jeder ein eigenes Urteil bilden und praktische Kenntnisse verschaffen kann.

Brühl und Umgebung

Brühl, 20. Februar 1930.

Bestanden!

Wald sind sie überwunden, die hangen, ungewissen Tage des Wartens und Lernens. Die Bestandsarbeiten haben mit unheimlicher Sicherheit. (In Brühl hat die schriftliche Prüfung bereits stattgefunden, die mündliche steht noch bevor.) Thema und Aufgabe stoßen auf verdubelte Gesichter. Die vom Studieren blaß und schmal gewordenen Wangen werden einen Augenblick noch blässer. Aber schon regt sich das Gedächtnis. Zahlen, Begriffe, Formeln steigen aus dem Bewußtsein auf. Stundenlang glücken die Köpfe über den weißen Schreibbogen; die Feder fliegt. Nach einigen Stunden werden die Bogen gefaltet. „Schluß, nehme deinen Lauf!“

Dann kommt das Mündliche. Manches Stille Stöhnen beherbergt ein ernst blickendes Menschenkind. Bald wird's ernst, zum erstenmal ernst im Leben. Die Klügsten bringen den Mut auf zu einem ersten Spähergang, um den Tag der Entscheidung mit ruhigen Nerven an sich heranzukommen zu lassen.

Er bricht an wie jeder andere, und dennoch früher fester. „Man“ tritt hinaus auf die Straße wie jemand, der einen wichtigen Gang zu tun hat, steht klopfenden Herzens in den Gängen der Schule und lacht nervös im Gespräch mit dem andern Leidensgenossen.

Nach einigen Stunden geistigen Turniers zwischen Frage und Antwort naht der Augenblick, vor dem man schon lange zuvor ganz heimlich gekittert hat.

„Bestanden!“ jubelt es im jungen Herzen. „Bestanden!“ lacht es durch die langen Gänge des Schulgebäudes. Also schließlich heimwärts mit der Botschaft, damit die daheim auch wissen, daß es überstanden ist.

(!) Der Brühler Windstörbund, der sich, trotzdem er erst vor wenigen Monaten unter den schwierigsten Verhältnissen von neuem entstanden ist, einer beachtenswerten Konsolidierung erfreut, widmete seinen gestrigen Abend in Abwechslung seines Programms für das Sommerhalbjahr 1930 dem Problem des Kommunismus. Ein Referat eines Bundesmitgliedes, das in seiner lebhaften Form den üblichen Agitationsreden kommunistischer Versammlungsredner in nichts nachstand, gab die wirkungsvolle Grundlage für eine rege Diskussion ab. Das für und wider wurde eifrig erwogen, und es fehlte nicht an drastischen Entgegnungen zumal Vergleich mit dem so oft zitierten Kommunistenparadies Rußland, die dem „pro forma Kommunismus“ denn doch in manchem das Wasser abgruben. Die Aussprache spitzte sich schließlich zu auf die beiden Themen „freie Wirtschaft oder Kollektivismus“ und „positiver Atheismus oder religiöse Toleranz“. Alle Diskussionen standen einmütig auf dem Standpunkt, daß die Kapitalbildung eine unerlässliche Notwendigkeit und eine Vorbedingung für die Existenz der Gesellschaft ist, daß ferner die Privatwirtschaft und das freie Spiel der Kräfte im Rahmen der bestehenden Gesetze die Grundlage eines produktiv arbeitenden Staates ist, trotzdem dürfte man sich nicht verhehlen, daß heute Anschauungen Platz gegriffen haben, die ohne Vorbehalt an dem Maßstab unserer Weltanschauung, die für alle Entscheidungen und für jede Stellungnahme maßgebend sein muß, auf ihre Berechtigung oder Nichtberechtigung gemessen zu werden, ohne Zweifel eine eingehende Beschäftigung mit ihnen notwendig machen. Zur Frage des positiven Atheismus, d. h. zur Verfolgung anderer Religionen durch den Kommunismus wurde gesagt, daß sie eine Folge der materialistischen Weltanschauung sei, die ihrerseits wieder auf der Hegelschen Philosophie fuße. Daß eine solche Auffassung, die da sagt, alles entwickelte sich zwangsläufig aus den gegebenen Bedingungen jedem gewalttätigen Eingreifen, auch unter dem Deckmantel antisowjetischer Bestrebungen, wie es in Rußland zur Zeit geschieht, wie den Diktaturen überhaupt das Todesurteil spricht, liegt auf der Hand, ganz abgesehen davon,

denbau treiben will, da die ganze Sache eine reine Futterfrage ist, sich Maulbeeren durch Pflanzen oder für wenig Geld aus Samen selbst schaffen.

Die Maulbeere ist ein Wildling, wird in Hecken gepflanzt, wächst auf jedem Boden sehr schnell, so daß zuerst nur ein wenig Geduld erforderlich ist, um sich und den Kindern zeitweilig eine sichere Existenz zu schaffen. Eine Ueberproduktion kommt nicht in Frage, denn die fleißigen Seidenraupen werden niemals soviel Seide liefern können, wie in der Welt gebraucht wird, und deshalb ist auch der Absatz der Kolons gesichert. Ueber die Frucht selbst eingehend zu berichten, würde an dieser Stelle zu weit führen, hierzu stehe ich allen Interessenten stets gern und uneigennützig zu Diensten, auch stehen meine Buchten in Probeheften zur Verfügung, damit sich jeder ein eigenes Urteil bilden und praktische Kenntnisse verschaffen kann.

daß sie die letzte Ursache alles Seins, nämlich die Entstehung der gegebenen Bedingungen unerklärt lasse. Zum Schluß der Versammlung sah sich der Bund vor eine Reihe von Einzelfragen gestellt, die ihm reichlichen Stoff zu Referaten und Aussprachen in den Sommermonaten bieten werden.

(2) Der neue Roman unserer Bellage: „Familienfreund“ beginnt heute. Er betitelt sich: „Im Schatten der Schuld“. Der Verfasser Gustav Kiesel ist derselbe des jetzt erscheinenden zweiten Romans: „Manuela“.

(3) Die rückständigen Kirchensteuern, die bis Ende Dezember 1929 fällig waren, werden gemahnt. Die Rückstände sind jetzt nur bei der Stadtkasse einzuzahlen. Innerhalb 8 Tagen entstehen keine Nebenkosten; später erfolgt die Zwangseintreibung. Siehe Bekanntmachung.

(4) Beiträge auf Elternversorgung, Kriegserkergeid) müssen nach den Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes bis zum 31. März gestellt sein. Näheres siehe heutige Bekanntmachung.

(5) Das schöne Alter von 80 Jahren erreicht morgen Herr Heinrich Brodman, Mühlentstraße 53 in noch recht rüstiger Gesundheit. Wie schon seit Jahren verleiht er auch heute noch treu und pflichtbewußt das Amt eines Schiedsmannes. Gerne schließen wir uns den zahlreichen Gratulanten an und wünschen ihm noch eine Reihe von Jahren und einen schönen Lebensabend.

(6) Der Gifelverein, Ortsgruppe Brühl, veranstaltet jetzt am Sonnabend im Hause Belvedere sein diesjähriges Trachtenfest. Der erste Versuch im vergangenen Jahr, die Mitglieder in der Karnevalszeit zu einem heiteren Abend in der Form eines Trachtensfestes zusammenzurufen, fand allgemeinen Beifall und große Unterstützung. Die Besucher des vorjährigen Festes werden den Abend in angenehmer Erinnerung haben und sich daher auch in diesem Jahre ein paar frohe Stunden in Gesellschaft gleichgesinnter Freunde nicht entgehen lassen. Für Musik und Unterhaltung aller Art ist bestens gesorgt, Sitz- und Tanzgelegenheit genügend vorhanden, für beste Verpflegung bürgt der gute Ruf des Hauses Belvedere. Freunde und Bekannte unserer Mitglieder, die keine besondere Einladung mehr erhalten konnten, können durch diese als Gäste eingeführt werden.

(7) 20. Februar: Sonnenaufgang 7.05 Uhr, Sonnenuntergang 17.24 Uhr. Mondaufgang 1.39 Uhr, Monduntergang 15.51 Uhr. — 1751: Der Dichter Johann Heinrich Voß in Sommersdorf geb. (gest. 1826). — 1810: Die Tiroler Freiheitskämpfer Andreas Hofer und Peter Mayer erschossen (geb. beide 1767). — 1920: Der Polarforscher Robert Peary in Washington gest. (geb. 1856).

21. Februar: Sonnenaufgang 7.03 Uhr, Sonnenuntergang 17.26 Uhr. Mondaufgang 2.54 Uhr, Monduntergang 10.18 Uhr. — 1677: Der Philosoph Baruch Spinoza im Haag gest. (geb. 1632). — 1779: Der Rechtslehrer Karl v. Savigny in Frankfurt a. M. geb. (gest. 1861). — 1866: Der Mediziner August v. Wassermann in Mainz geb. (gest. 1925).

(8) Für Motorradfahrer. In einem Rundschreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an die unteren Behörden weist dieser auf das übermäßige Geräusch der Motorräder hin. Es wird dieses dadurch verursacht, daß die Schallbämpfer abgenommen werden. Dieserhalb sollen Kontrollen ausgeübt und die Schuldigen bestraft werden. Auch sollen die Räder vorgeführt und auf ihre weitere Zulassung untersucht werden. Es ergeht deshalb an alle Motorradfahrer die dringende Mahnung, vermeidet die übermäßigen Geräusche.

(9) Heide. Autobrand. Ein Personenauto einer Kölner Firma geriet gestern Abend gegen 8 Uhr vor einem Geschäftshause hier selbst auf ungeläufige Weise in Brand. In einigen Minuten war der Wagen lichterloh am bren-

nen. Der Autoführer des Verkehrsautos Brühl-Heide nahm mittels eines Minimaz die Abkühlung vor und war in ganz kurzer Zeit das Feuer gelöscht. Der ganze Vorderteil des Wagens ist dem Feuer zum Opfer gefallen, als ein Glid ist es zu bezeichnen, daß der Benzintank nicht explodierte. Der entstandene Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

(10) Heide. Infolge Bruchs der Gabel stürzte gestern Abend ein Radfahrer aus Brühl an der Winterburg von seinem Rade. Er erlitt eine Verstauchung beider Hände und eine Gesichtsverletzung.

(11) Willenhaus. Autounfall. Gestern morgen gegen 8 Uhr ereignete sich auf der Köln-Luxemburgerstraße in der Nähe von Willenhaus ein Autounfall. Ein Transportauto aus Köln, das in der Richtung Bialar fuhr, wollte einen anderen Wagen überholen, wobei es gegen einen Baum fuhr. Durch den heftigen Anprall wurden die Glasscheiben zertrümmert, wodurch der Führer Verletzungen an beiden Händen und im Gesicht erlitt. Ebenso wurde der Vorderteil des Wagens stark beschädigt, sodaß derselbe später abgeschleppt werden mußte.

(12) Bialar. Zu dem Unfall am 8. Februar, worüber wir in der Montagausgabe am 10. Februar berichteten, teilt uns Herr Anton Jilissen aus Röttingen noch ergänzend mit, daß nicht ein Radfahrer sondern zwei Radfahrer in unvorsichtsmäßiger Weise nebeneinander fuhr, wodurch ein Radfahrer eine kleine unbedeutende Kopfwunde erlitt. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit müssen die Verkehrsvorschriften unbedingt beobachtet werden.

Rundfunkempfangsstörungen

Vom Postamt Brühl erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Seit einiger Zeit nehmen die Rundfunkstörungen im hiesigen Bezirk überhand. Sie rühren meistens von hochfrequenten Schwingungen her, die von elektrischen Haushaltsmaschinen, wie Staubsaugern, Heißluftgebläsen, Ventilatoren, Heizkörpern, oder auch von gewerblichen Betriebsanlagen elektrischer Art, wie Bohrmaschinen bei Zahnärzten, Haarschneidemaschinen, Nähtenapparaten, Diathermieapparaten und anderen elektrischen Motoren ausgehen. Der gefährlichste aller Rundfunkstörer ist der Hochfrequenzbestrahlungsapparat.

Off kennen die Besitzer, die selbst nicht Rundfunkteilnehmer sind, die unangenehmen Nebenwirkungen nicht, die von ihrem elektrischen Gerät in die Ferne gehen. Unbewußt verdrängen sie sich fortgesetzt gegen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, die Verstoß und vom Schutz des Nachbarns handeln. Es sind die §§ 858 bis 862 und 906 des BGB.

Abfällige Störer kommen sogar noch mit dem Strafgesetzbuch in Widerstreit, das in den §§ 19 und 23 des Gesetzes über Fernmeldeanlagen vom 14. Januar 1928 ausdrücklich abfällige Störungen des Funkempfangs verbietet und mit empfindlichen Strafen bedroht.

Glücklicherweise gibt es Mittel, die Störwellen zu unterdrücken. Allerdings müssen sie an den störenden Maschinen selbst angebracht werden, wenn sie volle Wirkung haben sollen. Diese Mittel beeinträchtigen die eigentliche Wirkung der elektrischen Maschine oder des elektrischen Heizgerätes nicht. Ihr Zweck ist ja nur der, den nebenbei entstehenden elektrischen Schwingungen hochfrequenter Natur den Weg in das Starkstromnetz oder in den umgebenden Luftraum zu versperren. Kondensatoren und Drahtspulen sind die Mittel, die, bald einzeln, bald in ein einfaches Gehäuse zusammengebaut, zur Verwendung kommen und von Fall zu Fall den Verhältnissen angepaßt werden müssen.

Jeder Besitzer eines elektrischen Gerätes vorgenannter Art handelt daher im eigenen Interesse, wenn er einen solchen Störapparat an seinem Gerät anbringen läßt, weil er sich sonst der Gefahr aussetzt, unter größeren Kosten gerichtlich dazu gezwungen zu werden.

Außerdem können aber die Besitzer hochfrequenter Bestrahlungsapparate vorbeugend zur Verringerung der Störungen ihrer Geräte dadurch beitragen, daß sie das Gerät nicht gerade in den Hauptfendzeiten des Rundfunks, das ist in der Zeit von 12-14, 17,30-18,30, und von 20-22,30 an betrieblagen und an Sonntagen von 9-10 und 13 bis 24 Uhr, in Gebrauch nehmen. Es wird selten nötig sein, daß unbedingt zu den angegebenen Zeiten die Behandlung mit dem Gerät erfolgen muß. Bei einigermaßen gutem Willen werden sehr wohl auch Bestrahlungsgerät und Rundfunk nebeneinander bestehen können.

Jeder von ehrlichem Gemeinschaftsgeist und wirklcher Achtung für die Rechte seines Nachbarn besetzte Mitbürger wird sein Verhalten hiernach künftig einrichten wissen.

Zur näheren Auskunft ist die Rundfunk-Stützstelle des Postamts gerne bereit.

Westdeutschland

Theater-Krise in Wuppertal.

Wuppertal, 18. Febr. Wie in anderen Städten, die ein Theater unterhalten, so bildet auch in Wuppertal der Theateretat ein Stein des Anstoßes. Fast 1,3 Millionen Mark Zuschuß verlangt der Etat im kommenden

Jahre, davon allein 500 000 Mark des städtischen Orchesters. Man hat den Gedanken erwogen, daß Theater im nächsten Jahr völlig zu schließen. Da aber unter diesen Umständen für die Pensionen der festangestellten (alle Orchester-Mitglieder sind pensionsberechtigt und dem Unterhalt der Gebäude und des Inventars etwa 500 000 Mark jährlich aufgewendet werden müßte, will man von einer radikalen Lösung absehen. Der Plan einer Theater-Gemeinschaft mit Remscheid und Solingen ist gescheitert, da Remscheid abgelehnt hat. Ein anderer Plan mit Hagen ist nicht weiter verfolgt worden, weil Hagen auf die verbindlichen Forderungen nicht reagierte. Auch der Theaterauschuß hat noch nicht zu einer anderen Lösung Stellung genommen.

Schredlicher Tod eines Kindes.

Wien (Westf.), 18. Febr. In tiefer Trauer versetzt wurde die Familie eines hiesigen Berginvaliden. Das dreijährige Söhnchen spielte mit mehreren Geschwistern an einem Tische, auf dem eine Kanne todenheißes Kaffees stand. Der Knabe nahm in einem unbewachten Augenblick den Ausgüßer der Kanne in den Mund und trank den heißen Kaffee. Mit schweren inneren Brandwunden wurde das Kind ins Krankenhaus geschafft, wo es unter furchtbaren Schmerzen verstarb.

Aus aller Welt

Millionen-Erbchaft für Frau Marel.

Wie ein Wiener Montagblatt berichtet, hat eine reiche Dame in Südamerika der Frau des Ingenieurs Marel, der bekanntlich im Vorjahre wegen Versicherungsbetruges, dadurch begangen, daß er sich mit einem Teil ein Vermögen absetzte, verurteilt worden ist, einen Betrag von mehr als einer Million Schilling hinterlassen. Die Südamerikanerin war während des Prozesses in Wien und zeigte lebhaftes Interesse für das Schicksal der Familie Marel.

Explosion in einem Speisewagen

Portsmouth, 18. Febr. Gestern erfolgte eine heftige Explosion in der Küche des Speisewagens des Victoria-Express, als der Zug gerade den Bahnhof von Portsmouth verließ. Unter den Fahrgästen entstand eine ungeheure Aufregung, und Glasplitter flogen nach allen Richtungen, wodurch eine Anzahl Leute leicht und ein Speisewagenangestellter ziemlich schwer verletzt wurden. Die Ursache ist in der Explosion eines Gasofens zu suchen.

Sport

Kierberg: Sport im Westf. Spiel-Verband. Am Sonntag wartet der Sport- und Spielverein Kierberg auf dem Sportplatz Kierberg-Heide mit 3 Fußballspielen auf. Um 12 Uhr Doppelspiel der 1a. Jugend gegen 1a. Gymnich, um 13.30 Uhr die 2. Mannschaft gegen 2. Weischenich; hieran anschließend um 15.30 Uhr das Haupttreffen, Weischenichspiel der 1. Mannschaften Kierberg-Weischenich. Es sind spannende Kämpfe zu erwarten, und ein Besuch ist zu empfehlen.

Verantwortlich: Peter Becker, Brühl. Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“ Buchdruckerei W. Becker GmbH, Brühl.

Zinnwölffing's Parfumerie

finden Sie hier eine kleine Auswahl in dieser Zeitung.

Selbst Koch.

Es ist nicht so selten, daß ein Missionar auf entlegenen Posten selbst sein Koch sein muß. Ein Missionsvertreter, P. Balat, der sich auch zeitweise in dieser Lage befindet, macht diesbezüglich praktische Vorschläge. Er schreibt an die Petrus-Claver-Sodalität:

„Da die Mission des hl. Petrus Claver noch keine Schwestermissionen hat, so muß der Priester während seines Aufenthaltes dort selbst kochen. Da die Zeit für eine lange Kochzeit fehlt, so verschaffe ich mir Maggi-Suppenwürfel oder andere und Fleischkonserven. Wenn sie von ihren Wohlthätern solche Konserven erhalten können, welche Säfte wären sie für einen Missionar, der ganz allein unter den Schwarzen leben muß und manchmal nichts hat als ein Stück trockenes Brot und dies mehrere Tage hindurch. Diese kondensierten Suppen, sowie das Mischfleisch ist schon etwas Fertiges oder verlangt doch nur wenige Minuten des Kochens, und der Missionar hat eine Mahlzeit, die ihn wieder kräftigt für die anstrengende Tagesarbeit. In Europa bekommt man dies alles so leicht und hier muß man es furchtbar teuer bezahlen.“

Die St. Peter-Claver-Sodalität ist gern bereit zur Entgegennahme von Suppenwürfeln, Sardinen usw. zur Weiterleitung an die Missionen. Auch kondensierte Milch ist besonders in jenen Gegenden hochwillkommen.

Adresse der Claver-Sodalität: Köln, Maria-Ablassplatz 10a.



Gute Suppen bereiten Sie aus

MAGGI'S Suppen-Würfeln

Hochfertig · Nahrhaft · Reiner, natürlicher Geschmack · 28 verschiedene Sorten.

